

Die schwindende Präsenz Frankreichs auf dem Balkan

Dérens, Jean-Arnault

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Dérens, J.-A. (2010). *Die schwindende Präsenz Frankreichs auf dem Balkan*. (DGAP-Analyse Frankreich, 9). Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-54963-5>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

DGAPanalyse

Frankreich

Forschungsinstitut der
Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik

November 2010 N° 9
ISSN 1865-701X

Die schwindende Präsenz Frankreichs auf dem Balkan

von Jean-Arnault Dérens



Deutsche Gesellschaft
für Auswärtige Politik e.V.

Die DGAPanalysen Frankreich erscheinen im Rahmen des Deutsch-französischen Zukunftsdialogs, eines Gemeinschaftsprojekts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, des Institut français des relations internationales und der

Robert Bosch **Stiftung**

Herausgeber und Redaktion:
Claire Demesmay und Katrin Sold

Kontakt: Claire Demesmay <demesmay@dgap.org>

Herausgeber:

Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. | Rauchstraße 17/18 | 10787 Berlin
Tel.: +49 (0)30 25 42 31-0 | Fax: +49 (0)30 25 42 31-16 | info@dgap.org | www.dgap.org | www.aussenpolitik.net
© 2010 DGAP

Zusammenfassung / Summary

Jean-Arnault Dérens

Die schwindende Präsenz Frankreichs auf dem Balkan

- Trotz einer langen Tradition der Beziehungen zwischen Frankreich und dem Balkan lässt sich weder während der Balkan-Kriege noch heute eine spezifisch französische Politik in der Region ausmachen.
- In Abgrenzung zu der traditionell proserbischen Orientierung Frankreichs entwickelt sich, unterstützt von der öffentlichen Meinung und den Medien, nach dem Zerfall Jugoslawiens eine politisch wie humanitär aktive Solidaritätsbewegung mit Bosnien-Herzegowina.
- Während des Kosovo-Konflikts im Jahr 1999 beteiligt sich Frankreich unter der Präsidentschaft Chirac ohne eigene strategische Ambitionen an der NATO-Offensive und unterstützt im Einklang mit seinen europäischen Partnern nach dem Jahr 2000 den demokratischen Wandel Serbiens.
- Trotz diplomatischer und kultureller Präsenz Frankreichs in den neuen Balkan-Staaten bleibt die wirtschaftliche und politische Kooperation mit der Region schwach ausgeprägt. Paris teilt angesichts des Annäherungsprozesses der Balkan-Staaten an die EU die zurückhaltende Position der europäischen Partner.

The Waning Presence of France on the Balkans

- Although relations between France and the Balkans have existed for a long time, no specific French policy has been shaped in this area neither during the Balkan Wars nor nowadays.
- After Yugoslavia's disintegration, breaking away from its traditional pro-serbian policy, France developed a political and humanitarian active solidarity towards Bosnia and Herzegovina, which was strongly supported by public opinion and the media.
- During the Kosovo conflict in 1999, under Jacques Chirac's presidency, France took part in the NATO offensive without showing any national strategic ambition. After the year 2000, and in agreement with its European partners, France supported Serbia's transition to democracy.
- Even if France is present diplomatically and culturally in the new Balkan states, cooperation with this area on political and economic matters is still weak. Nicolas Sarkozy's european policy of openness towards the Balkans is quite reserved, as is the case for his European partners.

Inhalt

Eine proserbische Orientierung	5
Die Triebfeder der öffentlichen Meinung	6
Die Wende mit der Amtszeit Jacques Chiracs.....	7
Frankreich im Kosovo	7
Das neue Serbien	8
Eine schwache bilaterale Kooperation.....	9
Kouchner und Sarkozy verleihen der Balkan-Politik neuen Schwung.....	10
Frankreich und die europäische Integration des westlichen Balkan.....	11
Anmerkungen.....	12

Die schwindende Präsenz Frankreichs auf dem Balkan

von Jean-Arnault Dérens

Immer wieder wurde die Position Frankreichs in den 1990er Jahren als »proserbisch« kritisiert, obwohl sich das Land an sämtlichen zivilen und militärischen Operationen der Vereinten Nationen (UN), der Organisation des Nordatlantikvertrags (NATO) und der Europäischen Union (EU) sowie an der Militäroffensive gegen die Föderative Republik Jugoslawien im Frühjahr 1999 beteiligt hatte. Paris war sogar einer der entschiedensten Verfechter der Anerkennung der am 17. Februar 2008 erklärten Unabhängigkeit des Kosovo. Wie seine europäischen Partner engagiert sich Frankreich, wenn auch ohne übermäßigen Enthusiasmus, gegenwärtig für einen Beitritt der westlichen Balkan-Länder zur Europäischen Union. Worin aber die Besonderheiten einer spezifisch französischen Politik in der Region bestehen, lässt sich heute immer schwerer ausmachen.

Eine proserbische Orientierung

Oftmals war in der Geschichte der Beziehungen zwischen Frankreich und dem Balkan von einer serbienfreundlichen Lobby innerhalb des diplomatischen Dienstes, in der Armee und in den politischen Kreisen Frankreichs die Rede. Für viele französische Entscheidungsträger war die »jugoslawische Frage« in den Jahren des Auseinanderbrechens des ehemaligen Bundesstaates auf vielfältige Art und Weise besetzt. Der jugoslawische Sozialismus und sein Selbstverwaltungsmodell waren für einige Teile der nichtkommunistischen Linken, vor allem für die als »zweite Linke« bezeichneten Strömungen, eine wichtige Inspirationsquelle. Zu ihnen gehörte auch Michel Rocard, der von 1988 bis 1991 französischer Premierminister und danach Erster Sekretär der Sozialistischen Partei Frankreichs war. Die gaullistischen Strömungen dagegen empfanden Sympathie für das blockfreie Jugoslawien, obwohl die direkten Beziehungen zwischen General Charles de Gaulle und Marschall Josip Broz Tito immer kühl blieben. Zudem hegten die Gaullisten großes Misstrauen

gegenüber der Bewegung der blockfreien Staaten, mit Jugoslawien unter Tito als treibender Kraft, und ihrem Engagement für die kolonialen Befreiungsbewegungen, denn die blockfreien Staaten und Jugoslawien hatten die algerische Befreiungsfront (Front de libération nationale – FLN) unterstützt.

Die proserbische Orientierung bestimmter Kreise in der oberen Verwaltung, in der Armee und in der politischen Klasse Frankreichs beruht im Übrigen auf einem Zusammenwirken verschiedener politischer Traditionen. Eine der souveränistischen Traditionen verpflichtete »alte französische Rechte« bewahrt die Erinnerung an das französisch-serbische Bündnis während des Ersten Weltkriegs. Diese Erinnerung spiegelt sich in ihrer Interpretation aktueller geopolitischer Entwicklungen wider, der zufolge die Konfrontation mit der islamischen Welt von den Vereinigten Staaten von Amerika instrumentalisiert und die europäische Integration von deutschen Interessen dominiert werde. General Pierre-Marie Gallois,¹ der als einer der »Väter der französischen Atombombe« gilt, hat zu diesen Themen in dem für seine eindeutig proserbischen Positionen bekannten französisch-schweizerischen Verlag »L'Âge d'Homme« mehrere Pamphlete veröffentlicht.

Während des Konflikts selbst war die extreme Rechte allerdings in der Frage ihrer Haltung gegenüber Serbien tief gespalten. Die Jugoslawien-Kriege brachten sogar die Gegensätze zwischen den verschiedenen Strömungen innerhalb der rechtsextremen Partei Front national (FN) besonders deutlich zutage: Die katholisch-fundamentalistischen Kreise engagierten sich entschieden auf Seiten des katholischen Kroatien, das gegen das »kommunistische Serbien« zu Felde zog. Die als »solidaristisch« bezeichneten und dem Vorsitzenden des Front national, Jean-Marie Le Pen, nahe stehenden Kräfte unterstützten dagegen das Serbien Slobodan Milošević in seinem »Kampf gegen den Islam«, den »amerikanischen Imperialismus« und »die neue Weltordnung«.²

Die proserbische Orientierung vereinte in Frankreich auch antiimperialistische und europakritische Strömungen, welche die Loslösung Sloweniens, Kroatiens und schließlich Bosniens als Beweis für einen deutschen Imperialismus³ sahen, der danach strebe, das postkommunistische Europa zu zerstückeln. In dieser Strömung fanden sich Vertreter sowohl linker als auch rechter politischer Kreise vereint. Auch die Kommunistische Partei Frankreichs bekundete in den 1990er Jahren eine durchgehend »projugoslawische« Haltung, wobei ihre Kritik an Miloševićs Regime zunehmend lauter wurde.

Die französische Armee, die in sämtlichen internationalen militärischen Missionen im ehemaligen Jugoslawien durchaus Präsenz zeigte, hat in Bosnien-Herzegowina ebenfalls mitunter eine proserbische Haltung an den Tag gelegt. Im Vergleich zu den schlecht organisierten bosnischen Kräften nahm sich die Armee der serbisch geprägten Republika Srpska wie eine »echte« Berufsarmee aus. Hinzu kam ein noch aus dem Algerien-Krieg stammender antimuslimischer Rassismus, den manche französischen Offiziere mehr oder weniger offen zeigten: So konnte man französische Militärs nicht selten von den »Bosgnoules« sprechen hören, eine Wortschöpfung aus dem Begriff »Bosnier« und dem abwertenden französischen Wort für Araber »bougnoles«.

Die Triebfeder der öffentlichen Meinung

Die öffentliche Meinung spielte in der Entwicklung der französischen Politik eine wichtige Rolle. So bildete sich in Frankreich eine starke Solidaritätsbewegung mit Bosnien-Herzegowina, an der sich bekannte Intellektuelle beteiligten, die allerdings unterschiedliche Meinungen vertraten: Während Alain Finkielkraut eine eindeutig prokroatische Haltung einnahm,⁴ trat Bernard-Henri Lévy für eine probosnische Option ein.⁵ Unter der Feder des medienwirksamen Philosophen Lévy wurden die bosnischen Kämpfer zu Waffenbrüdern der Verteidiger der spanischen Republik und Präsident Alija Izetbegović zu einem neuen Helden der Toleranz. Die Divergenzen innerhalb der Bewegung zeigten

sich besonders deutlich während der »Bruderkämpfe« zwischen Bosniern und Kroaten im Jahr 1993. Der Philosoph Edgar Morin setzte sich für ein maßvolleres Vorgehen ein, er kritisierte sämtliche nationalistischen Exzesse und plädierte für einen Dialog mit den serbischen Demokraten.

Die Solidaritätsbewegung umfasste Hunderte lokale Komitees in ganz Frankreich. Sie alle widmeten sich der humanitären Hilfe und der Aufnahme der (wenigen) bosnischen Flüchtlinge in Frankreich, gleichzeitig waren sie jedoch auch politisch tätig und versuchten, Einfluss auf die französischen Parlamentsabgeordneten zu nehmen. Die Komitees führten Menschen mit sehr unterschiedlichem Hintergrund zusammen, darunter christliche Aktivistinnen ebenso wie Vertreter der extremen und der »zweiten« Linken Michel Rocard's. Sie stimmten in ihrer Verurteilung der »Ohnmacht des Westens und Europas« und vor allem des »Zynismus François Mitterrands«⁶ überein, waren jedoch in strategischen Fragen geteilter Meinung: Sollte man die Aufhebung des Waffenembargos, unter dem in erster Linie die Bosnier zu leiden hatten, fordern? Sollte man sich für ein militärisches Eingreifen gegen die bosnischen Serben und/oder gegen das Serbien von Milošević einsetzen?

Die Rolle der Medien war angesichts derartiger Debatten von entscheidender Bedeutung, wobei sich die Grundhaltung der französischen Presse im Laufe der Zeit beträchtlich gewandelt hatte. Anfang der 1990er Jahre legten Tageszeitungen wie Libération, Le Figaro oder Le Monde noch Wert darauf, eine vorsichtige Neutralität zu wahren. Doch ab dem Frühjahr 1992 veränderte sich angesichts der durch die serbischen Kräfte in Ostbosnien begangenen Ausschreitungen, über die einige Journalisten wie Hélène Despici-Popovic (Libération) oder Florence Hartmann (Le Monde) berichtet hatten, die Wahrnehmung des Konflikts radikal. Eine junge Generation von Journalisten ging durch die Schule der Jugoslawien-Konflikte, wobei sie fast immer eine ausgesprochen belgradfeindliche Haltung einnahm. Während des Kosovo-Krieges erreichte das Medieninteresse in Frankreich wie auch in Europa und der ganzen Welt seinen Höhepunkt. Kritische Stimmen verhallten, die Albaner wurden zu Ikonen des universellen Leids stilisiert. Diese

außergewöhnliche Mobilisierung der Presse passte in den Rahmen einer wahren Kriegspropaganda der NATO,⁷ die sich auf einen breiten Konsens unter den Politikern stützte.

Die Wende mit der Amtszeit Jacques Chiracs

Im Mai 1995, im schwärzesten Moment des Bosnien-Krieges, wurde Jacques Chirac in Frankreich zum Staatspräsidenten gewählt. In seiner Wahlkampagne hatten außenpolitische Themen kaum eine Rolle gespielt, und der Präsidentschaftskandidat selbst hatte mehr vom Tschetschenien-Krieg als vom Balkan-Konflikt gesprochen. Sein künftiger Premierminister Alain Juppé dagegen hatte in seinem politischen und literarischen Tagebuch *La Tentation de Venise*⁸ der Situation auf dem Balkan mehrere Seiten gewidmet. Jacques Chirac zeigte sich zum Handeln entschlossen und verurteilte die bisher vorherrschende abwartende Haltung. Der neue Präsident übernahm sein Amt, als der Krieg in seine entscheidende Phase eintrat: Am 11. Juli ereignete sich das Massaker von Srebrenica, und Kroatien begann Anfang August mit seiner Militäroperation »Sturm« und eroberte die abtrünnigen serbischen Regionen Kroatiens zurück. Es folgte die von den Vereinigten Staaten unterstützte kroatisch-bosnische Gegenoffensive, die sehr schnell sämtliche serbischen Stellungen in Bosnien-Herzegowina bedrohte. Am 25. August schlug erneut eine Granate auf dem Markt von Sarajevo ein und tötete 38 Menschen. Daraufhin entschied sich die NATO zu handeln und leitete eine kurze, aber effiziente Offensive gegen serbische Stellungen ein. Das Bombardement dauerte vom 29. August bis zum 5. September. Diese rasche Folge militärischer Ereignisse stieß einen Prozess an, der schließlich zu einem Friedensabkommen führte, das im November auf dem amerikanischen Militärstützpunkt Dayton (Ohio) ausgehandelt wurde.⁹ Die Ratifizierung des Abkommens fand am 14. Dezember 1995 in Paris statt, was den Status Frankreichs als »Garant des Friedensabkommens« weiter festigte.

Zugleich aber sah sich Paris in dieser Zeit mit einem weiteren komplizierten Fall konfrontiert. Am 30. August 1995 war in Bosnien ein Kampfflugzeug

des Typs »Mirage 2000« der französischen Armee abgeschossen worden. Die beiden Piloten konnten sich retten, wurden jedoch von serbischen Truppen in Bosnien gefangen genommen. Jacques Chirac beauftragte daraufhin den hohen Beamten Jean-Charles Marchiani, der den Präsidenten entgegen der Informationen der Nachrichtendienste vom Überleben der Piloten unterrichtet hatte, mit der Aufnahme von Verhandlungen. Dieser nutzte hierfür das Netzwerk des umtriebigen Geschäftsmanns und ehemaligen KGB-Agenten Arkadij Gaydamak. Diese Geiselkrise führte in Frankreich zu langen Auseinandersetzungen über die »Geheimdiplomatie« des Präsidenten, was umso erstaunlicher ist, als die Haltung der hohen französischen Offiziere innerhalb der »Schutztruppe der Vereinten Nationen« während der Tragödie von Srebrenica niemals wirklich ernsthaft hinterfragt wurde.¹⁰ Es wurde zwar ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss gebildet, die Haltung und die strategischen Entscheidungen der französischen Generäle, die damals die UN-Truppen befehligten, wurden jedoch nicht wie beispielsweise in den Niederlanden kritisch geprüft.

Frankreich im Kosovo

Hat Frankreich versucht, während der Kosovo-Krise eine spezifisch französische Politik zu entwickeln? Der französische Botschafter Gabriel Keller stand bei der von der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) ab Oktober 2008 durchgeführten Beobachtungsmission (Kosovo Verification Mission – KVM) in der südlichen serbischen Provinz an zweiter Stelle der Hierarchie. Während der Chef der KVM, der amerikanische General William Walker, die klare Aufgabe hatte, das Terrain für eine militärische Operation vorzubereiten, versuchte sein französischer Stellvertreter, diese Option aufzuschieben und den Dialog mit Belgrad aufrechtzuerhalten. Während dieses gesamten entscheidenden Zeitraums gab es keinerlei spezifische und kohärente Politik von Seiten der Europäischen Union. Frankreich zeigte sich zögerlich, und Großbritannien richtete seine Position unter der Regierung von Tony Blair an der Strategie des amerikanischen Interventionismus aus. Die am 24. März 1999 beginnenden Bombenan-

griffe stellten dann auch eine reine NATO-Initiative dar, in deren Planung und Durchführung keine andere internationale Organisation, die EU ebenso wenig wie die UN, formal einbezogen war.

Häufig wurde behauptet, dass Präsident Chirac die übrigen Entscheidungsträger im Rahmen der Allianz gedrängt habe, die Bombenangriffe einzugrenzen und zivile Ziele, insbesondere in Montenegro, zu verschonen. Dies jedoch stellt das militärische Engagement Frankreichs und seine politische Solidarität mit der NATO keineswegs grundsätzlich in Frage, zumal die öffentliche Meinung diesen als gerecht und präventiv dargestellten Krieg klar unterstützte.

Von zentraler Bedeutung war in diesem Zusammenhang die Übergabe des Regionalkommandos der NATO-Truppen im Norden des Kosovo an Frankreich: In dieser Zone liegt der an Serbien grenzende homogen serbische Sektor, der sich ab Juni 1999 gewissermaßen in einem Loslösungsprozess befand. Die NATO-Strategen glaubten, dass die Präsenz französischer Soldaten, die als historische Freunde Serbiens wahrgenommen würden, leichter akzeptiert werden könne als die Stationierung amerikanischer, britischer oder deutscher Soldaten. Tatsächlich war die Erinnerung an die französisch-serbische Waffenbrüderschaft während der beiden Weltkriege in der serbischen Bevölkerung des Kosovo noch sehr lebendig, umso mehr jedoch wurde die französische Beteiligung an den Bombardements der NATO als inakzeptabler Verrat empfunden. Dennoch trugen die französische Armee und ihre Nachrichtendienste in der Region zum Abbau von Spannungen bei, indem die zivilen Kooperationsprogramme der Armee eine ganze Reihe von Projekten umsetzten. Es wäre jedoch übertrieben zu behaupten, dass die militärische Präsenz Frankreichs im Kosovo eine eigene Handschrift hinterlassen hätte. Dieser Eindruck wird dadurch verstärkt, dass die serbische Gemeinschaft Bernard Kouchners Amtszeit im Kosovo besonders kritisch bewertet. Der nachmalige Außenminister war von August 1999 bis Januar 2001 der Sonderbeauftragte des Generalsekretärs und Leiter der Interimsverwaltungsmission der Vereinten Nationen UNMIK. Die Kosovo-Serben und Belgrad kritisierten ihn wegen seiner, wie sie meinten, zu albanienfreundlichen Politik. Kouchner war jedoch ohne klar definierte Richtlinien und

ohne genau festgelegte Handlungsinstrumente an die Spitze dieser Mission gestellt worden. Unter diesen Bedingungen war er bei vielen Entscheidungen zum Improvisieren gezwungen.¹¹ Theoretisch war er nur dem Generalsekretär Kofi Annan und dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen unterstellt, tatsächlich musste er jedoch auch die Weisungen aus Paris berücksichtigen (während sein Verhältnis zum damaligen französischen Außenminister Hubert Védrine nicht immer von großem Vertrauen geprägt war) und auf die Politik sämtlicher, vor allem der europäischen, Partner Frankreichs Rücksicht nehmen. Zum damaligen Zeitpunkt war der Kosovo wie ein Taubenschlag, in dem politische Gesandte und Geheimagenten aller Länder der Welt ein- und ausgingen. Die Struktur der UNMIK selbst sah die Beteiligung internationaler Organisationen vor, zwischen denen es Konflikte gab und die über relativ geringe Erfahrungen in Bezug auf gemeinschaftliches Arbeiten verfügten (Europäische Agentur für Wiederaufbau, OSZE usw.).¹² Diese Schwierigkeiten traten bei den Aufständen des Jahres 2004, nach Kouchners Abreise, voll zutage.

Das neue Serbien

Der Sieg des demokratischen Aufstands der Serben vom 5. Oktober 2000 wurde von allen westlichen Diplomaten begrüßt, auch wenn die meisten nicht auf eine so plötzliche und eher unerwartete Veränderung vorbereitet waren. Am 14. Oktober wurde der neue jugoslawische Präsident Vojislav Koštunica auf dem Europäischen Gipfel von Biarritz wie ein Held empfangen. Europa wollte dem »neuen Serbien« die Hand reichen. Präsident Chirac stattete Serbien im Dezember 2001, ein Jahr nach der »demokratischen Revolution«, einen offiziellen Besuch ab. Bei dieser Gelegenheit traf er auch mit dem montenegrinischen Präsidenten Milo Djukanović zusammen, der zu Serbien stets sehr angespannte Beziehungen unterhielt. Solange sich Montenegro dem Regime Miloševićs entgegengestellt hatte, hatte das Land von Seiten der Westmächte massive Unterstützung erfahren. Nach dem Fall Miloševićs im Jahr 2002 dagegen bäugten die ehemaligen Unterstützer die secessionistischen Bestrebungen Montenegros argwöhnisch. Die an Podgorica geleisteten Hilfszahlungen wurden

drastisch zurückgefahren, was den Staatshaushalt Montenegros gefährdete, und Chirac wurde von seinen europäischen Partnern inoffiziell beauftragt, Djukanović zu einer engeren Zusammenarbeit mit Belgrad zu bewegen. Fünf Jahre lang versuchten die europäischen Diplomaten, die Abspaltung Montenegros hinauszuzögern, und sperrten sich lange gegen die Durchführung eines Referendums (die französischen Diplomaten vor Ort wiederholten bereitwillig den Spruch, dass »der Weg des Referendums mit Gift gepflastert sei«). Das kleine Montenegro hatte den Eindruck, dass es von den Staaten, die es als seine westlichen Beschützer betrachtet hatte, fallen gelassen worden war. Die im Belgrader Abkommen vom 4. Februar 2003 ausgehandelten Bedingungen sahen aber letztendlich doch die Durchführung eines Referendums vor, das schließlich am 22. Mai 2003 unter Einhaltung besonderer Absprachen stattfand,¹³ die Montenegro allerdings nicht daran hinderten, seine Unabhängigkeit wieder zu erlangen.

Mehrere Jahre lang bekundeten die französischen Diplomaten ihre unverbrüchliche Unterstützung für Koštunica, und selbst angesichts der ständigen Auseinandersetzungen zwischen ihm und dem serbischen Premierminister Zoran Djindjić behielten sie diese Haltung bei. Djindjićs Ermordung am 12. März 2003 stürzte Serbien in eine langandauernde politische Krise. In diesen finsternen Jahren schien sich keinerlei Perspektive abzuzeichnen: Die Reformen verloren an Schwung, der europäische Annäherungsprozess geriet ins Stocken, Dossiers wie die zum Thema Kosovo oder Montenegro wurden für lange Zeit »eingefroren«. Paradoxerweise ging Serbien aus dieser von der Unabhängigkeit Montenegros und der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo geprägten Krisensituation mit einer klaren politischen Entscheidung für eine europäische Integration hervor, die durch den Sieg der Koalition »Für ein europäisches Serbien« bei den Wahlen vom 11. Mai 2008 unterstrichen wurde.

Eine schwache bilaterale Kooperation

Hat Frankreich in den letzten Jahrzehnten in den Balkan-Ländern spezifische Interessen verfolgt?

Die französische Wirtschaft hat in der Region immer äußerst zurückhaltend agiert. Die einzige Ausnahme hiervon bildet Serbien, das einen wichtigen Markt darstellt, auf dem französische Großunternehmen (z. B. Lafarge und Bouygues im öffentlichen Bauwesen), allerdings erst nach dem Jahr 2000, starke Präsenz zeigen konnten. Immer wieder wurde außerdem behauptet, dass Bernard Kouchner während seines Kosovo-Mandats bestimmte Unternehmen, darunter insbesondere den Telefonkonzern Alcatel, stark unterstützt habe, doch die Gesamtbilanz der französischen Wirtschaft im Kosovo fällt dennoch schwach aus, da kein weiteres französisches Unternehmen langfristig im Land Fuß fassen konnte.

Von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen – dazu gehören der Bankensektor mit der Société générale und in geringerem Maße dem Crédit agricole sowie das Vertriebsunternehmen Interex – sind französische Unternehmen in den meisten Ländern der Region (Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Mazedonien, Albanien u. a.) gar nicht vertreten. Dies lässt sich vermutlich zum einen mit der fehlenden Bereitschaft vor allem der mittelständischen Unternehmen zur internationalen Öffnung, zum anderen mit dem geringen Gewicht der Exilbevölkerung der Balkan-Länder in Frankreich erklären. So interessiert sich beispielsweise auch die Fluggesellschaft Air France nur sehr wenig für diese Region, sie unterhält Fluglinien lediglich nach Zagreb und Belgrad und dies in Partnerschaft mit den nationalen Fluggesellschaften Croatian Airlines bzw. JAT Airways. Es gibt keinen Direktflug zwischen Paris und Sarajevo, Skopje, Pristina oder Tirana, und die Flüge nach Podgorica werden von Montenegro Airlines angeboten.

Frankreich verfügt in der ganzen Welt über ein besonders dichtes Netz von Kultureinrichtungen. So gab es im ehemaligen Jugoslawien in Belgrad, Zagreb, Ljubljana und Skopje französische Kulturzentren. In Bosnien-Herzegowina, wo es vor dem Krieg keine französische Kultureinrichtung gab, wurde 1994, mitten im Krieg, das privatrechtliche Kulturzentrum Centre André Malraux gegründet. Die nach Landesrecht organisierten und von Frankreich großzügig finanzierten Alliances françaises ergänzen dieses Netz, das in den letzten Jahren

besonders in Kroatien und Mazedonien noch dichter geworden ist. Der Beitritt der beiden Länder zur Internationalen Organisation der Frankophonie (OIF) war für Frankreich Anlass, 1997–1998 in Tetovo und Bitola Einrichtungen der *Alliances françaises* zu gründen und in mehreren Städten bilinguale Klassen einzurichten. Wegen Geldmangels wurde seither das Netz der bilingualen Klassen jedoch stark ausgedünnt. Im Jahr 1997 wurde auch in Podgorica ein Kulturzentrum eröffnet, das offiziell Belgrad unterstellt und mit nur geringen Mitteln ausgestattet war. Seine Gründung entsprach dem politischen Willen, in Montenegro Präsenz zu zeigen. Nach dem Jahr 2000 schickte Frankreich einen von Belgrad abgesandten diplomatischen Vertreter ins Land. Seit der Unabhängigkeit des kleinen Landes scheinen die Finanzmittel für das französische Kulturzentrum in Podgorica von Jahr zu Jahr gesenkt zu werden (im Jahr 2009 um mehr als 30 Prozent), obgleich eine Schließung des Zentrums offiziell nicht vorgesehen ist.

Frankreich unterhält in allen Ländern der Balkan-Region diplomatische Vertretungen und hat in den beiden Ländern, die zuletzt ihre Unabhängigkeit erklärt haben, in Montenegro und im Kosovo, Botschaften eröffnet. Gemäß der Unterteilung der französischen Botschaften in drei Kategorien gehören die Vertretungen in den Balkan-Ländern zu den »prioritären Missionen«, Montenegro bildet die einzige Ausnahme, hier unterhält Frankreich eine einfache »diplomatische Vertretung«. ¹⁴ Der Gebrauch der französischen Sprache geht überall in der Region stark zurück, obwohl mehrere Länder der OIF beigetreten sind: Albanien, Mazedonien und auch Serbien, das bisher lediglich einen Beobachterstatus besitzt. Frankreich dient sein Engagement für die Frankophonie als Aushängeschild, doch diese Politik ist oftmals rein rhetorischer Natur. Die französischen Behörden haben z. B. dem einzigen französischsprachigen Medium, das in der ganzen Region vertrieben wird, dem 1998 gegründeten *Le Courrier des Balkans*, keinerlei konsequente Unterstützung zuteil werden lassen. Außerdem können nur wenige Studenten aus den Balkan-Ländern Stipendien für ein Studium in Frankreich erhalten.

Die bilaterale Kooperation zwischen Frankreich und den Balkan-Ländern stagniert sowohl

im staatlichen Bereich als auch auf Ebene der Gebietskörperschaften auf einem niedrigen Niveau. Im Zuge einer drastischen Kürzung der vom Außenministerium zur Verfügung gestellten Mittel wird offiziell den Kooperationsprogrammen der Gebietskörperschaften Vorrang gegeben, obwohl es hierfür bisher noch sehr wenige konkrete Beispiele gibt. Zwei französische Regionen haben sich bisher in einer dezentralisierten Kooperation engagiert (Basse-Normandie mit Mazedonien und Auvergne mit Bosnien-Herzegowina), doch im Vergleich zu anderen Ländern, z. B. Deutschland oder Italien, ist die französische Zusammenarbeit mit der Region nach wie vor schwach ausgeprägt.

Kouchner und Sarkozy verleihen der Balkan-Politik neuen Schwung

Wenige Tage vor dem zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen im Mai 2007 sagte uns ein führender serbischer Diplomat im Vertrauen: »Ich hoffe, dass Nicolas Sarkozy gewählt wird, denn bei einem Sieg der Linken würde Bernard Kouchner Minister, und das wäre für Serbien sehr schlecht.« Wenige Tage später wurde Sarkozy gewählt und ernannte Kouchner zum Außenminister. Doch vertritt der Außenminister wirklich eine antiserbische Position? Die Frage ist so sicher nicht richtig gestellt. Es ist jedoch eine Tatsache, dass Frankreich mit der Wahl Sarkozys eine wichtige strategische Wende vollzog, indem es eine starke proatlantische Haltung einnahm. Dies stellt einen deutlichen Bruch mit der Politik François Mitterrands und Jacques Chiracs dar, der bekanntlich große Vorbehalte gegen die Bombenangriffe vom Frühjahr 1999 hatte. Im Februar 2008 unterstützte Frankreich leidenschaftlich die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo, und der französische Botschafter in Pristina gehörte zu den Ersten, die den neuen Staat anerkannten. Der erste Chef der europäischen Kosovo-Mission Eulex war der im Februar 2008 ernannte französische General Yves de Kermabon. Nach Kritik von verschiedenen Seiten, vor allem von den Amerikanern, wurde er im Herbst 2010 von einem anderen französischen General a. D., Xavier Bout de Marnhac, abgelöst. Doch ungeachtet dessen ist es schwierig, von einer

besonderen Politik Frankreichs in dieser Region zu sprechen.

Die französische Diplomatie bleibt in Kroatien ebenso wie in Bosnien-Herzegowina oder in Albanien nach wie vor sehr diskret und nahezu einfalllos. Es entsteht der Eindruck, dass sich Paris in Wirklichkeit nur für Belgrad und Pristina interessiert. Im Frühjahr 2009 statteten der serbische Präsident, Boris Tadić, und der Premierminister des Kosovo, Hashim Thaçi, im Abstand von nur wenigen Tagen Paris einen Besuch ab.¹⁵ Doch auf französischer Seite begnügte man sich damit, dem einen wie dem anderen freundliche Worte in Bezug auf das Engagement Frankreichs für eine Annäherung der Balkan-Länder an die EU mit auf den Weg zu geben. Immerhin hat Frankreich mit Serbien ein »Abkommen zur strategischen Partnerschaft« unterzeichnet, das zur Weiterentwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern beitragen soll. Dieser Wille zum Ausbau der wirtschaftlichen Kooperation wird insbesondere von der französisch-serbischen Parlamentariergruppe getragen, die mit ihrem Vorsitzenden, dem sozialistischen Abgeordneten des Départements Landes, Jean-Pierre Dufau, in der Nationalversammlung sehr aktiv ist. Eine offizielle Reise Sarkozys nach Serbien ist geplant, ein festes Datum wurde dafür allerdings noch nicht offiziell bestätigt.

Der französische Außenminister stattete am 1. und 2. März 2010 Belgrad und Pristina einen Besuch ab, bei dem es in der serbischen Enklave Gračanica zu einer merkwürdigen Entgleisung kam. Auf die Frage eines serbischen Journalisten zu den Vermutungen, welche die ehemalige Chefanklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien (ICTY), Carla Del Ponte, in Bezug auf den illegalen Organhandel geäußert hatte, reagierte Kouchner mit Beschimpfungen.¹⁶ Zudem handelte Frankreich in dem ziemlich unerwartet ausgebrochenen Streit zwischen der Republik Mazedonien und Griechenland im Alleingang: Präsident Sarkozy äußerte und engagierte sich persönlich in dieser Frage, und Paris verteidigte ganz entschieden die griechischen Positionen.¹⁷

Frankreich und die europäische Integration des westlichen Balkan

Seit dem europäischen Gipfel von Thessaloniki im Juni 2003 besitzen alle westlichen Balkan-Staaten eine anerkannte »Beitrittsperspektive«, um eines Tages Mitglied der Europäischen Union zu werden. Frankreich teilt zu diesem Thema die Herangehensweise seiner europäischen Partner, eine Besonderheit im Ton oder Handeln lässt sich kaum ausmachen. So brachte die französische EU-Präsidentschaft in der zweiten Hälfte des Jahres 2008 außer der Annahme der Kandidatur Montenegros, die Djukanović während seines Parisbesuchs im Dezember »ergattern« konnte, keine signifikanten Fortschritte. Frankreich unterstützte die seit dem 19. Dezember 2008 geltende Aufhebung der Visumpflicht für die Bürger Mazedoniens, Montenegros und Serbiens. Es sprach sich auch für die Kandidatur Serbiens im Dezember 2009 aus, und der Besuch von Präsident Tadić in Paris im Frühjahr 2009 bot die Gelegenheit, von einer »neuen Partnerschaft« zwischen Frankreich und Serbien zu sprechen, deren realer Inhalt jedoch noch verschwommen bleibt. Für Belgrad bleibt Frankreich allein auf Grund der historischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern ein privilegierter Partner in der EU. Doch Frankreich ist in der entscheidenden Frage der künftigen Erweiterung der EU – nicht zuletzt wegen der institutionellen Krise der Union – zu einer sehr zurückhaltenden Politik zurückgekehrt. Im April 2009 reiste Außenminister Kouchner in Begleitung seines tschechischen und schwedischen Amtskollegen nach Bosnien-Herzegowina, um seinen bosnischen Gesprächspartnern zu erklären, dass »alles von ihnen selbst« und von ihrer Fähigkeit abhängt, die seit langem erwarteten Reformen erfolgreich durchzuführen.¹⁸ Frankreich teilt offensichtlich den Pessimismus seiner europäischen Partner in Bezug auf Bosnien und auf die Reformfähigkeit des Landes. Intern setzt die französische Regierung auf die erwartete Ablehnung einer erneuten EU-Erweiterung durch die Bevölkerung. In Wirklichkeit sind die Balkan-Staaten weitgehend von der politischen Agenda Frankreichs verschwunden, und auch für die französischen Unternehmen besitzt diese Region keine Priorität.

Jean-Arnault Dérens ist Gründer und Chefredakteur des *Courrier des Balkans* und schreibt regelmäßig für die Zeitung *Le Monde diplomatique*;

Übersetzung: ECHOO Konferenzdolmetschen.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Pierre-Marie Gallois, *Le Soleil d'Allah aveugle l'Occident*, Lausanne/Paris 1995.
- 2 Die »prokroatische« Strömung der extremen Rechten wurde insbesondere von den rechtsextremen Zeitungen *Minute* und *Présent*, die »proserbische« Strömung dagegen vom offiziellen Organ des *Front national*, *National Hebdo*, zum Ausdruck gebracht.
- 3 Z. B. die Tageszeitung *L'Humanité*.
- 4 Alain Finkielkraut, *Comment peut-on être Croate ?*, Paris 1992.
- 5 Bernard-Henri Lévy, *Le lys et la cendre*, Paris 1996.
- 6 Diese Haltung wurde insbesondere von der Zeitung des Pro-Bosnien-Komitees *Citoyens, citoyennes pour la Bosnie-Herzégovine* (1994–1999) vertreten.
- 7 Vgl. Serge Halimi und Dominique Vidal, *L'opinion, ça se travaille* (les médias, l'OTAN et la guerre du Kosovo), Marseille 2000.
- 8 Vgl. Alain Juppé, *La tentation de Venise*, Paris 1993.
- 9 Vgl. Marianne Ducasse-Rogier, *À la recherche de la Bosnie-Herzégovine. La mise en œuvre de l'accord de paix de Dayton*, Paris 2003. Für den Text des Abkommens vgl. *Internationale Politik* 1/1996, S. 72 ff.
- 10 Das in Srebrenica präsente niederländische Bataillon unterstand dem Befehl französischer Offiziere, insbesondere General Bernard Janvier, dem Kommandanten der Schutztruppe der Vereinten Nationen (UNPROFOR).
- 11 Vgl. Jean-Arnault Dérens, *Le piège du Kosovo*, Paris 2008.
- 12 Vgl. Odile Perrot, *Les équivoques de la démocratisation sous contrôle international. Le cas du Kosovo (1999–2007)*, Paris 2007.
- 13 Nach den im Namen der EU von dem slowakischen Diplomaten Miroslav Lajcak ausgehandelten Bedingungen mussten mindestens 55 Prozent der Wähler für die Unabhängigkeit Montenegros stimmen, damit diese vollzogen werden konnte.
- 14 Vgl. Franck Renaud, *Les diplomates. Derrière la façade des ambassades de France*, Paris 2010.
- 15 Vgl. Boris Tadić à Paris: un nouveau départ pour les relations franco-serbes, in: *Le Courrier des Balkans*, 29.5.2009.
- 16 Vgl. Kosovo: Kouchner voit rouge, « j'ai une tête à vendre des organes, moi ? », in: *Le Courrier des Balkans*, 4.3.2010.
- 17 Sarkozy : « la France a choisi la Grèce », in: *Le Courrier des Balkans*, 9.6.2008, <<http://balkans.courriers.info/article10647.html>>.
- 18 Zur Verlangsamung des Erweiterungsprozesses vgl. Jean-Arnault Dérens, *Interminables fiançailles entre l'Europe et les Balkans*, in: *Le Monde Diplomatique*, November 2009.